

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.

Preise für den Abnehmer:
Borrmittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Die die Abgabe einzelner Nummern
macht sich die Redaction nicht
beruhen.

Abnehmer der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Preise an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Sälen für Inf.-Annahme:
Otto Meumann, Universitätsstr. 22,
Südost-Ecke, Rathparterre. 18 p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kuflage 16.000.

Abonnementpreise Viertelj. 4/1, Halbj. 7/1, incl. Frangobon 5 Wfl., durch die Post bezogen 6 Wfl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 Wfl. mit Postbefreiung 45 Wfl.

Inserate 50 Sp. Zeitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß — Labelschrift 20 Pf. nach höherem Tarif.

Reklamen unter dem Redactionsdruck die Spaltzeile 40 Pf. Insetze sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postverrechnung.

№ 111.

Freitag den 26. März 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Auf die für das Jahr 1879 festgesetzte Dividende der Reichsbanktheile im Betrage von 5 Proc. wird die Restzahlung mit

15 Mark

für den Dividendenschein Nr. 12 vom 26. d. M. ab bei der Reichsbankhauptkasse zu Berlin, bei den Reichsbankhauptstellen zu Bremen, Breslau, Köln, Leipzig, Mannheim, Nürnberg, Potsdam, Regensburg, Straßburg i. E. und Stuttgart, bei den Reichsbankstellen zu Aachen, Augsburg, Bielefeld, Braunschweig, Bromberg, Cassel, Chemnitz, Coblenz, Erfeld, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Elbing, Gießen, Glogau, Göttingen, Gumburg, Halle a. S., Karlsruhe, Leipzig, Magdeburg, Mainz, Merseburg, Metz, München, Nürnberg, Osnabrück, Paderborn, Regensburg, Rostock, Saarlouis, Schwerin, Stralsund, Tilsit und bei den Reichsbank-Commanditen zu Cöln und Jauerburg erfolgen.
Berlin, den 19. März 1880.

Der Reichsbankpräsident
v. Bismarck.

Städtische Gewerbeschule.

Zum Besuche der Ausstellung der Schülerarbeiten, welche in der 2. Etage des Schullocales östlicher Hängel der III. Bürgerstraße, Grimmischer Steinweg 17/18, vom 23. bis 30. huj. stattfindet, beehrt sich im Namen des Lehrers-Collegiums hierdurch ergebenst einzuladen
Leipzig, am 20. März 1880.

Der Director:
Rieper.

Geöffnet ist die Ausstellung von Borrmittags 10 bis Mittags 1 Uhr.

Militärische Lage der Schweiz.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als wolle Frankreich in einem Kriegesfälle mit dem Deutschen Reich sich leichten Sinnes über die Neutralität Belgiens und der Schweiz hinwegsetzen. Dennoch reißt die Frage der Wehrfähigkeit der Schweiz einer ziemlich langwierigen Lösung entgegen. Vor kurzem fand in Bern eine von Officieren der eidgenössischen Armee einberufene Volksversammlung zur Beratung der Frage der Landbesetzung statt. Die Versammlung, an der sich alle Städte beteiligten und in der auch der Chef des eidgenössischen Militär-Departements, Bundesrath Herzogstein, erschienen war, genehmigte einstimmig folgende Resolutionen:

1) Alle Opfer für Vermehrung unserer Wehrkraft werden dem Lande erst dann von Nutzen sein, wenn wir durch geeignete Vorkehrungen die wichtigsten Einfahrtspunkte besetzen und dadurch eine feindliche Landerrumpfung verhindern und die Wehrkraft unserer Landwehr erhöhen. 2) Die Befestigung unserer Grenze ist ein Gebot der Nothwehr und der Selbsterhaltung. 3) Durch Unterlassung derselben werden sich diejenigen, welche in ihrer Stellung dazu berufen sind, die Unabhängigkeit des Landes zu wahren, eine schwere Verantwortlichkeit ausüben. 4) Die Versammlung hofft, daß die eidgenössische Räte die notwendigen Credits für eine rationelle Landesbefestigung und Beschaffung von Positionsgeschützen bewilligen werden, jedoch ohne Schmälerung der für die übrigen militärischen Zwecke, insbesondere für Ausrüstung und Bewaffnung der Truppen erforderlichen Summen, und spricht ihrerseits die Bereitwilligkeit aus, die erforderlichen Opfer zu bringen.

Der letzte Satz der Resolution war von dem Commandanten Keller eingebracht worden. Dergleichen Versammlungen und Beschlüsse haben in der Schweiz eine ungleich praktische Bedeutung als in allen anderen Ländern, wo der Soldat und der steuerzahlende Bürger sich nicht in einer Person vereinigen, sondern in Fragen des militärischen Lebens auf verschiedenem Boden stehen. Man kann also in dem Beschlusse jener zu Bern abgehaltenen Versammlung ein erneutes Zeugniß für das in berufsmäßig und politisch maßgebenden Kreisen verbreitete Streben nach einer Befestigung der gegen Frankreich getehrten Grenzen erkennen.

Von Interesse sind auch die Motive, welche zu diesen Resolutionen geführt haben. Sie lassen erkennen, daß das politische Mißtrauen der Schweizer sich wesentlich gegen Frankreich wendet. Frankreich hat seine Grenzen förmlich gepanzert — meinte Oberstlieutenant Keller — Deutschland sein Befestigungssystem sehr vervollständigt. Wenn der mit mathematischer Sicherheit zu erwartende Kriegerkrieg zwischen den beiden Gegnern ausbricht, würde nach der Ansicht des Vortragenden — dessen Gedanken wir hier wiedergeben — ein Durchbruch auf ihren directen Grenzen kaum möglich sein. Der angreifende Theil wird daher eine andere Einbruchslinie suchen müssen, entweder durch Belgien im Norden oder durch die Schweiz im Süden. Nun liegt aber die ganze schweizerische Nordwestgrenze unter den Kanonen der französischen Festungen, welche sich in einem dichten durchdringbaren Gürtel von Bruntrut bis Genf hinziehen. Diesen Festungen ist bereits ein großer wichtiger Theil der Schweiz, namentlich sämtliche Eingänge in das Land von Westen, schußlos preisgegeben. Die Schweiz hat dagegen Nichts gethan! Sie liegt einem Feind offen und es könnte wohl der Fall eintreten, daß alle ihre wichtigen Linien, das ganze Kar- und Thal, vom Feinde besetzt sind, ehe die schweizerische Armee in Thätigkeit treten kann.

Der französische Festungsgürtel im Jura hat einen offensiven Charakter, nicht gegen die Schweiz, aber gegen Süddeutschland, in welches die Franzosen durch die Schweiz eindringen wollen. Eine einzige entscheidende Schlacht ohne Rückzugslinien und Sammelpunkte müßte das Schicksal der Schweiz entscheiden. Beim Ausbruch eines Krieges ist es zur Errichtung von Festungswerken zu spät. Ohne solche ist die Schweiz nicht mehr im Stande, ihre Neutralität zu behaupten. In allen Zeiten der Schweizer Geschichte, selbst damals, als das Land von keinen schwachen Staatswesen umgeben war und die Eidgenossen als die besten Soldaten der Welt galten, schenkte man den Befestigungen große Aufmerksamkeit und scheute keine Opfer zur Herstellung und Instandhaltung derselben.

Die Mittel zur Herstellung der nöthigen Grenzbesetzungen belaufen sich auf 30 bis 40 Millionen Franken. Die Schweiz ist im Stande, diese Mittel aufzubringen, wenn sie nicht auf die Unabhängigkeit von vorn herein verzichten will. Eine Invasion feindlicher Armeen, wobei die Schweiz unfehlbar den Kriegsschauplatz fremder Heere bilden würde, brächte so große schwere Verluste, daß abgenannte Summe dagegen verschwindet. Die traurigen Ereignisse von 1799 und 1814 sind die Beweise dafür.

Die Genehmigung der Befestigungspläne hängt, wie Alles in der Schweiz, von der directen Zustimmung des gesammten Volkes ab. Es ist wahrscheinlich — so meint die „Allgemeine Zeitung“, welcher wir hier folgen — daß das Volk, wenn man ihm den richtigen Aufschluß über die Sache giebt, mit den Vorschlägen einverstanden sein werde; man dürfe dies seinem gesunden Sinne vertrauen. Die Organisation hätte so rasch als möglich zu beginnen. Die Aufgaben derselben sind zahlreich und erfordern viel Zeit, und die Schweizer sind nicht sicher, wie bald neue gewaltige Stürme losbrechen.

Oberstlieutenant Keller glaubt die Nothwendigkeit der Herstellung von etwa 20 permanent auszubauenden Befestigungspunkten nachweisen zu können, und zwar für alle Grenzfronten zusammen. Daneben empfiehlt er die Vorbereitung zur Anlegung provisorischer Befestigungswerke an 10 bis 12 Punkten. Welche Punkte er in Vorschlag bringt, ist bisher nicht publicirt worden; so viel jedoch bekannt, waren gegen den französischen Jura hin ursprünglich an folgenden Stellen Fortifikationen ursprünglich an folgenden Stellen Fortifikationen in Aussicht genommen: 1) bei Basel, 2) auf dem Mont Terrible in seiner ganzen Ausdehnung, wo ein System von Schanzen, Gräben und Verbauen ein besetztes Lager bilden soll zur Absperrung der Passagen, welche aus der allgemeinen Richtung von Pontarlier in das mittlere Kar- und Thal führen; 3) zwischen la Sarraz und Cassinay, wo ein besetztes Lager den Raum zwischen dem Neuchâtel und dem Genfer See absperrt; 4) Feldschanzen vorwärts Lausanne am Genfer See als Wegesperren, sowie als linker Flügel der gesammten Nordwestfront.

Im Deutschen Reich würde der Entschluß zu einer Befestigung der schweizerischen Jura-Grenze nur allgemeine Zustimmung finden. Dem schweizerischen Volke völlig uneigennützig gegenüberstehend, haben wir nur das Verlangen, daß es jederzeit seine Unabhängigkeit und die von ihm übernommenen Pflichten der Neutralität möglichst vollkommen zu wahren wisse.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 25. März.

Conservative und der Reichsregierung nahe-
stehende Blätter haben über das päpstliche
Schreiben in Betreff der Anzeige geistlicher
Ernennungen und die weiteren Maßnahmen, zu

welchen dasselbe die Regierung veranlassen könnte, bisher sich außerordentlich schweigsam verhalten; die Verhandlungen wurden ausschließlich zwischen liberalen und ultramontanen Vätern geführt. Zum ersten Mal unterzieht nun heute die „Post“ an zwei Stellen diese Frage einer Betrachtung und kommt zu Schlüssen, die an diesem Platz gewiß Beachtung verdienen. Das freiconservative Blatt glaubt, der entgegenkommende Schritt des Papstes sei nicht ausreichend zu erachten, eine Abänderung der zur Sicherung der Rechte des Staates erlassenen Gesetze zu rechtfertigen. Zunächst möchten die noch im Amt befindlichen Bischöfe von der päpstlichen Weisung auch wirklich Gebrauch machen und die erforderliche Anzeige geistlicher Ernennungen an die Staatsbehörde erstatten. Aber auch dann wäre eine Aufhebung selbst derjenigen Vorschriften der Waigesehe nicht gerechtfertigt, welche als Kampfmittel anzusehen sind, vielmehr würden auch diese nur vorbehaltlich der Wiederannahme im Falle erneuter Widersetzlichkeit zu suspendiren sein. Der hierzu erforderliche Act der Gesetzgebung könne in nichts weniger als in einer grundsätzlichen Abänderung der Waigesehe bestehen. Und an einer anderen Stelle sagt das Blatt: „In den verwaisten Diöcesen, deren Wiederbesetzung auch auf dem Wege der Vergabung „vielleicht“ erfolgen könnte, obwohl von der Rückkehr der Bischöfe ohne Ausnahme wohl ernstlich gar nicht die Rede sein kann, läßt sich ein rasch zum Ziele führender Ausweg dadurch finden, daß vom Clerus den Gemeinden die Vornahme der Wahl ihrer Pfarren gestattet wird, welche bis jetzt mit der äußersten Strenge unterlag wurde.“ Wir sind nun allerdings nicht der Ansicht, daß die Wiederbesetzung der Diöcesen, die durch ein bereits vollzogenes Verdicturtheil erledigt sind, einfach auf dem Wege der Ernennung erfolgen könne, wie wenn es sich um den Nachlaß einer Strafe, die noch verhängt wird, handelte; sondern die Reubesetzung der erledigten Bischofsstühle wird nur durch eine förmliche neue Einsetzung erfolgen können. Der Vorschlag, die Curie möchte den Gemeinden in den verwaisten Diöcesen die Pfarrenwahl gestatten, würde gewiß viele Schwierigkeiten sehr einfach aus dem Wege räumen; aber man wird doch an der Bereitwilligkeit der Curie zu diesem Wege, dem Nothstand abzuhelfen, vorerst noch starke Zweifel hegen müssen. Wenn die Darlegungen der „Post“ irgendwo den an maßgebenden Stellen herrschenden Anschauungen entsprechen, so wird man sich allerdings keineswegs allzu sanguinischen Erwartungen hinsichtlich der baldigen Beilegung des Kampfes hingeben dürfen; man wird aber auch in dem Vertrauen bestärkt werden, daß wesentliche Rechte des preussischen Staats bei diesem Friedensschlusse nicht geopfert werden.

Von einem rheinischen Abgeordneten, der zur liberalen Partei zählt, erhalten wir folgende Mittheilungen: „Der Wiedereintritt des Westens in das staatliche und parlamentarische Leben der Nation, welcher jahrelang durch die feindseligen Wandlungen der Ultramontanen zurück gedrängt wurde, kann jetzt nicht mehr lange auf sich warten lassen. Der Verjährungsproceß innerhalb der liberalen Partei hat mit dem Tage begonnen, an welchem die Bindthorst, von Schorlemer-Riß u. dem Reichskanzler Heerfolge in der Jollipolitik des Reiches leisten mußten. Seitdem hat der Papst mit seinem Schreiben an Herrn Melchers einen neuen Keil in die Partei geschoben, und wie sich die fromme Donner „Deutsche Reichszeitung“ mit der noch frommeren „Germania“ in den Haaren liegt, so thun es am Rhein und in Westfalen die Kömmlinge in allen öffentlichen und geselligen Zirkeln, im Casino wie auf der Bierbank, in der Sacristei wie in der Familie. Sie werfen sich Liebeshändlichkeiten an die Köpfe, die einen, weil sie päpstlicher als der

Papst, die anderen, weil sie conservativer als Fürst Bismarck sind; alle aber fahren wie ein aufgestörter Wespenstich durch einander und beklagen sich über den Verkauf ihrer Seelen oder Leiber, der in Berlin durch ihre Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften abgeschlossen wird. Zu den lautesten Schreibern in ultramontanen Kreisen gehören diejenigen, welche durch Zugeständnisse die Rheinprovinzen in ein Bismarck'sches „Patrimonium“ umgewandelt sehen. Sie rufen Peter Nordio über diejenigen, welche die katholische Kirche durch Nachgiebigkeit um den Rest ihrer Erstgeburt bringen und den so lange und mit so vielen Opfern geführten Kampf damit enden sehen, daß selbst die Hoffnung auf die Jarrückführung der Jesuiten, auf den Unterricht in den Elementarschulen, die Abschaffung des kirchlichen Gerichtshofes u. s. w. vernichtet wird. Andererseits sind es die liberalen Elemente unter der katholischen Bevölkerung, die seit dem Ausbruch des Culturkampfes nach und nach in die Reihen der Ultramontanen gezogen wurden, nicht weil sie deren kirchenpolitische Grundgesetze theilten, sondern weil sie einer oppositionellen Richtung in rein politischen, wirtschaftlichen und Finanzfragen angehörten. An dem Tage, wo der gegenwärtige Miß in der ultramontanen Partei sich erweitert, werden Tausend und aber Tausend aus ihren Reihen in die liberale Partei zurücktreten, von woher sie gekommen waren. Diese Stimmung geht hinab bis in die zahlreichen Reihen der Arbeiter, deren Brodgeber in der Eisen- und Kohlenindustrie jetzt allerdings höhere Gewinne erzielen, aber keine höheren Löhne bewilligen wollen. Unter den katholischen Gesellenvereinen macht das geliebte Wort die Kunde: „Wenn nicht bis zum Frühjahr höhere Löhne gezahlt werden, wandern wir aus.“ Die gebildeten Schichten der Bevölkerung verkünden laut, daß sie dem freisinnigen und Schachern des Centrums in Berlin schon lange mit Mißtrauen zusehen und daß sie sich jetzt von einer Partei abwenden müssen, welche den Liberalismus bloß zum Schein auf ihre Fahne geschrieben, um ihn bei nächster Gelegenheit in die Conservativen zu verkaufen. Die Reubildung einer politisch-liberalen katholischen Partei ohne das bisherige ultramontane Programm ist das eigentliche Ziel des rheinischen Liberalismus, der sich bisher der Herrschaft des Centrums aus Oppositionsgründen anbequemt. Diese Schaaften harren nur des Momentes, wo sie ihr Mißtrauen gegen die kirchlichen Führer aussprechen und solche Männer wählen können, wie vor der Bildung der katholischen Fractionen im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhause, sowie vor ihrer jetzigen Veranidung mit den conservativen Parteien.“

Der Reichskanzler begiebt sich demnächst nach Friedrichsruhe. Der Tag der Abreise von Berlin ist noch nicht festgesetzt und wird auch dann wohl erst bekannt werden, wenn der Fürst Berlin bereits verlassen hat. Dagegen verlautet mit ziemlicher Bestimmtheit, daß Fürst Bismarck in der ersten Aprilwoche zurückkehren will. Die Reichstagsarbeiten sind es nicht, welche die Rückkehr des Kanzlers beschleunigen, sondern die Arbeiten für das auswärtsige Amt, denen sich der Fürst in sehr großem Umfange unterzogen hat. Eine Entlastung nach dieser Richtung wird erst eintreten, sobald der Botschafter Fürst Hohenlohe von Paris eintrifft und Geh. Rath von Radowich zu dessen Ersatz nach Paris geht. Nach den jetzigen Plänen ist es zweifellos, daß nach entgeltlicher Bezeichnung des Postens eines Staatssecretärs des Auswärtigen Herr von Radowich als Botschafter nach Konstantinopel geht.

Wie galizische Blätter aus Warschau berichten, ist dort ein neues nihilistisches Journal